

# Einladung

---



**an die Mitglieder der LAG „Mansfeld-Südharz“  
und Gäste der Besprechung**

(Einladung ausschließlich per E-Mail)

Lutherstadt Eisleben, 04.08.2017

## **Einladung zur LAG-Sitzung**

Sehr geehrte Damen und Herren LAG Mitglieder, sehr geehrte Gäste,  
hiermit laden wir Sie für den

**30. August 2017, 15:00 Uhr – ca. 17:00 Uhr**

in den Besprechungssaal der **Verwaltung des Biosphärenreservats Karstlandschaft  
Südharz im OT Roßla der Gemeinde Südharz** zur nächsten LAG Sitzung ein.

Adresse: Hallesche Straße 68a,  
**06536 Südharz / OT Roßla**

Schwerpunkte sind die Umsetzung der Prioritätenliste 2017, sowie erste Projektentscheidungen für 2018. Wir bitten Ihre Teilnahme abzusichern, ggf. durch Erteilung einer Vollmacht (beiliegendes Formular). Bitte beachten Sie diesbezüglich die Geschäftsordnung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. sc. Lutz Koch  
Vorsitzender

# Ablauf LAG- Sitzung 30.08.2017



(Stand: 04.08.2017)

TOP	Themen	verantwortlich
I	Begrüßung der LAG Mitglieder, Gastgeber und Gäste / Organisatorisches	Herr Dr. Koch Herr Schumann
II	Begrüßung der Teilnehmer durch Gastgeberin	Frau Funkel
III	Begrüßung der Teilnehmer durch den Bürgermeister der Gemeinde Südharz bzw. die Ortsbürgermeisterin des OT Roßla und ggf. kurze Erläuterungen zu den hier im Rahmen von Leader vorgenommenen Sanierungen	Herr Rettig Frau Pein (angefragt)
IV	Bericht des Leadermanagements zum aktueller Sachstand des Leader Prozesses in Sachsen- Anhalt und der LAG „Mansfeld-Südharz“	Herr Schumann
V	Erörterungen und Beschlussfassungen zu den vorliegenden Projektideen für 2018	Herr Dr. Koch Herr Schumann
VI	Erläuterungen zur aktuellen Arbeit der Verwaltung des Biosphärenreservates  [nach TOP VII: Rundgang durch das Gebäude (opt.)]	Frau Funkel
VII	Sonstiges und Termine	Herr Dr. Koch

### **Merkblatt Projektauswahlverfahren - Interessenkonflikt**

Nach Artikel 34 Abs. 3 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den EFRE, ESF, EPLR u. a. (ABl. EU L 347/320 vom 20 Dezember 2013) haben die LAG die objektiven Kriterien für die Auswahl der Vorhaben, die Interessenkonflikte vermeiden, auszuarbeiten.

Artikel 57 Absatz 2 der EU-Haushaltsordnung, der im Rahmen der mit der EU geteilten Mittelverwaltung Anwendung findet, nennt verschiedene Tatbestände, bei denen ein Interessenkonflikt besteht. Interessenkollisionen sollen schon im Ansatz vermieden werden, um das Vertrauen in die an objektiven Kriterien gemessene Entscheidung zu stärken. Da jeglicher Schein vermieden werden soll, reichen bei Vorliegen einer der in Artikel 57 Absatz 2 genannten Voraussetzungen auch keine Erklärungen des Betroffenen aus, dass nur das Gemeinwohlinteresse verfolgt werde. Entscheidend ist, dass objektive Gründe eines Interessenkonfliktes weiterbestehen (z. B. parallele Mitgliedschaft im Verein und Gemeinderat). Demzufolge fordert Artikel 57 Absatz 1 Unterabsatz 2 der EU-Haushaltsordnung, dass der betroffene Handlungsträger beim Vorliegen eines Interessenkonfliktes alle Tätigkeiten in der Angelegenheit einstellen muss.

Der mehrheitlichen Empfehlung der LEADER-Referenten der Bundesländer und des BMEL für die Lokalen Aktionsgruppen (LEADER-LAG) in Deutschland zur Ausgestaltung, Anwendung und Transparenz des Projektauswahlverfahrens durch das LAG-Entscheidungsgremium sind hierzu folgende Hinweise zu entnehmen:

„In keinem Fall darf durch die Auswahlentscheidung dem Entscheider selbst, seinen Angehörigen oder einer von ihnen vertretenen natürlichen Person oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil verschafft werden. Angehörige sind alle, zu deren Gunsten dem Mitglied des Entscheidungsgremiums in einem Strafverfahren das Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen zustehen würde.“

Eine persönliche Beteiligung liegt auch vor, wenn ein Mitglied des Entscheidungsgremiums wesentlich an der Genese des Projektes beteiligt ist.“

Um Interessenkonflikte im Projektauswahlverfahren auszuschließen, sollte jeder an dem Verfahren Beteiligte vor der Abstimmung eine Erklärung über das Nichtvorliegen eines Interessenkonflikts abgeben (vgl. Mustergeschäftsordnung). Es wird empfohlen, bei den Mitgliederversammlungen der LAG die Kenntnis des Merkblattes mit Unterschrift im Vorfeld bestätigen zu lassen (mit der Teilnehmerliste).

Die Erklärung betrifft insbesondere finanzielle, kommerzielle aber auch soziale Aspekte der Mitglieder selbst und der mit Ihnen verbundenen Personen im Rahmen der Beschlussfassung nach der Geschäftsordnung.

### **Erklärung Projektauswahlverfahren - Interessenkonflikt**

Ich, der Unterzeichnende.... erkläre hiermit nach bestem Wissen, dass ich mich nach Maßgabe des nachstehenden Artikels 57 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EU, EURATOM) Nr. 966/ 2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.10.2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298/1 vom 26.10.2012) nicht in einem Interessenkonflikt befinde:

„(1) Finanzakteure und sonstige Personen, die in den Bereichen Haushaltsvollzug und Finanzmanagement – einschließlich als Vorbereitung hierzu dienender Handlungen – Rechnungsprüfung und Kontrolle Aufgaben wahrnehmen, müssen jede Handlung unterlassen, durch die eigene Interessen mit denen der Union in Konflikt geraten könnten.

Besteht ein solches Risiko, hat der betreffende Handlungsträger von dieser Handlung abzusehen und den bevollmächtigten Anweisungsbefugten zu befragen, der schriftlich bestätigt, ob ein Interessenkonflikt vorliegt. Der betreffende Handlungsträger unterrichtet auch seinen Dienstvorgesetzten. Liegt ein Interessenkonflikt vor, stellt der betreffende Handlungsträger alle seine Tätigkeiten in der Angelegenheit ein. Der bevollmächtigte Anweisungsbefugte trifft persönlich alle weiteren geeigneten Maßnahmen.

(2) Für die Zwecke des Absatzes 1 besteht ein Interessenkonflikt, wenn ein Finanzakteur oder eine sonstige Person nach Absatz 1 aus Gründen der familiären oder privaten Verbundenheit, der politischen Übereinstimmung oder der nationalen Zugehörigkeit, des wirtschaftlichen Interesses oder aus anderen Gründen, die auf einer Gemeinsamkeit der Interessen mit dem Begünstigten beruhen, seine bzw. ihre Aufgaben nicht unparteilich und objektiv wahrnehmen kann.“